



Elternverein Nordrhein-Westfalen e.V.

beim Schulministerium zur Mitwirkung anerkannter Verband – überparteilich –

Streitthema Schulsystem

Podiumsdiskussion im Rahmen der Verleihung des Deutschen Schulbuchpreises 2010 am 20. Juli 2010 in Bielefeld:

Streitthema Schulsystem: Vergleich der Lernergebnisse

- im gegliederten Schulsystem
- in der Einheitsschule

Referenten: Josefine Paul, schul- u. sportpolitische Sprecherin der *GRÜNEN* Landtagsfraktion NRW

Prof. Dr. Rainer Dollase, Professor für pädagogische Psychologie (em.), Univ. Bielefeld

OStR. Peter Silbernagel, Vorsitzender des Philologenverbands NRW

Regine Schwarzhoff, Landesvorsitzende des Elternvereins NRW e.V.

Vortrag Regine Schwarzhoff, Landesvorsitzende des Elternvereins Nordrhein-Westfalen, Mitglied seit 1989, Mutter von drei Kindern, seit 2001 Jurorin beim Deutschen Hauptschulpreis „Starke Schule“

Unter Rücksicht auf die vielen schon genannten Aspekte der Fragestellung Gegliedertes Schulwesen oder „Gemeinschaftsschule“, wie sie ja jetzt vorzugsweise genannt wird, möchte ich nur ein paar wenige Punkte hinzufügen. Gern würde ich diese besonders der ersten Referentin Frau Paul direkt vortragen und bedauere es außerordentlich, daß sie so früh gegangen ist.

Darüber, daß Investitionen in Bildung immer lohnender als spätere Reparaturmaßnahmen sind, werden wir uns alle schnell einigen können, nehme ich an. Deshalb frage ich mich aber, ob Frau Paul nicht den Vorgaben ihrer politischen Vorgänger zu sehr verhaftet ist, wenn sie so kompromißlos für die flächendeckende Einführung der „Gemeinschaftsschule“ eintritt.

Ihre positive Haltung zu der von der rot-grünen Minderheitsregierung angestrebten Einheitsschule mit eigenen Erfahrungen als Schülerin der bischöflichen katholischen Friedensschule in Münster zu begründen, zeugt zumindest von großer Naivität, denn diese Institution hat bekanntlich eine außerordentliche Sonderrolle in Ausstattung, Umfeld,



Elternverein Nordrhein-Westfalen e.V.

beim Schulministerium zur Mitwirkung anerkannter Verband – überparteilich –

Schüleraushwahl, Führung und Qualifikation, die nicht auf andere Gesamtschulen zu übertragen ist.

Erwiesen ist, daß unsere Gesamtschulen gerade die Schülerklientel, um die es den jetzt Regierenden angeblich geht, am schlechtesten unterstützen und fördern, daß dort außerdem auch die stärkeren Schüler zu kurz kommen.

Wir haben eine Schulform, in der wir die angeblichen Segnungen der Gemeinschaftsschule und deren Auswirkungen seit jeher an allen Kindern erproben: die Grundschule. Dort sind alle Kinder gemischt in einer Klasse versammelt und haben reichlich Gelegenheit, gemeinsam, voneinander und miteinander zu lernen. Leider müssen wir jedes Jahr erfahren, daß es Kinder aus weniger bildungsbewußten Familien gibt, die nicht etwa vom Zusammensein mit schneller Lernenden profitieren, sondern dadurch beschämt, entmutigt und demotiviert werden. Diese Beobachtung gibt es flächendeckend in nahezu jeder Grundschulklasse! Leider gibt es sogar mitunter Lehrkräfte, die diesen Effekt noch verstärken, statt ihn abmildern zu helfen.

Weiter gibt es die eindeutige Beobachtung, daß genau diese Kinder in der 5. Klasse aufleben, wenn sie unter ähnlich begabten und interessierten Mitschülern plötzlich die Entdeckung machen, daß sie nicht mehr immer zu den letzten, langsamsten, „dümmsten“ gehören, sondern durchaus etwas leisten. Gerade für diese Kinder ist eine Hauptschule die Rettung, weil sie durch diesen Effekt eine selbstwertschützende Funktion hat. Das ist wissenschaftlich belegt und wird mir zudem bei all meinen häufigen Hauptschulbesuchen geschildert und immer wieder am Elterntelefon des Elternvereins bestätigt. An Einheitsschulmodellen wie der in NRW geplanten oder der Hamburger Primarschule wird diese „Rettung“ der Kinder um kostbare Jahre verschoben, falls sie dann überhaupt noch möglich ist (nicht von ungefähr hat man in Niedersachsen die Orientierungsstufe für die Klassen 5 und 6 vor wenigen Jahren abgeschafft). Hier für Hauptschulen den Begriff „Restschule“ zu verwenden, wie Frau Paul es auch heute getan hat, ist diskriminierend, unwürdig und empörend! Vergleichen wir doch mal die Wahlerfolge einiger „Restparteien“ mit den Schülerquoten unserer Hauptschulen!

Gleichzeitig beobachtet man schon in der Grundschule, wie Kinder, die dauerhaft geistig hungern, in die innere Emigration gehen und trotz besonders guter Begabungslage entweder verhaltensauffällig werden oder Lernbehinderungen entwickeln, unter Umständen beides. Wenn wir heute zunehmendes Analphabetentum beklagen müssen, entstehen diese Defizite ja nicht an der weiterführenden Schule, also durch die sogenannte „Frühselektion“ der



Elternverein Nordrhein-Westfalen e.V.

beim Schulministerium zur Mitwirkung anerkannter Verband – überparteilich –

Schnellen von den Schwächeren, wie oft vorgegaukelt wird, sondern hier sind schon viel früher die Kulturtechniken nicht zuverlässig vermittelt und gefestigt worden – deutsch lesen und schreiben lernen gehört nun mal in die Grundschule.

Ein weiteres Problem stellt der Umgang mit behinderten Kindern dar: Mit dem Stichwort „Inklusion“ erheben Grüne, Rote und Linke die als selbstverständlich hingestellte Forderung nach Abschaffung der Förderschulen. Wie sollen aber die hochqualifizierten Förderschullehrer, die jeder auf zwei von den sieben verschiedenen Förderschwerpunkten spezialisiert sind, so auf die Regelschulen verteilt werden, daß sie jedem einzelnen Förderschüler die heutzutage gewährleistete, seinem festgestellten Bedarf entsprechende Förderung weiterhin sicherstellen können? Und wer hat denn die Eltern gefragt, ob sie alle ihr betroffenes Kind in die Regelschule geben wollen? Die UN-Konvention, auf die man sich dabei stützt, ist vorrangig an die Staaten gerichtet, in denen es für Behinderte gar keinen Zugang zu Bildung geschweige denn eine Schulpflicht gibt, wie sie in Deutschland seit vielen Jahrzehnten etabliert und durch die außerordentlich differenzierte Qualifikation der Lehrkräfte und der Schulen vorbildlich gesichert wird. Außerdem wurde diese Konvention verfälschend ins Deutsche übertragen – ich vermute, nicht ohne politische Absicht. Entsprechend hält die nicht autorisierte deutsche Fassung, die außer Deutschland noch Liechtenstein, Österreich und die Schweiz anerkannt haben, einem Vergleich mit dem englischen Original nicht stand und wird noch dazu bei uns gezielt fehlinterpretiert. Soviel zur Wahrhaftigkeit unserer Bildungspolitik.

Aber Frau Paul steigerte ihre Schulsystemschele noch: das „Schulsystem bestimmt den Lebensweg“, habe ich als wörtliche Äußerung notiert. Wo, bitte, leben Sie, Frau Paul, daß Sie noch nie von den Hauptschulabsolventen gehört haben, die anschließend Abitur machen und studieren? Oder von den Realschülern, die ohne jedes Hindernis ins Gymnasium wechseln? Oder von den Handwerksmeistern, die ihr eigener Chef sind und später studierter Diplom-Ingenieur? Der Fleiß, die Motivation und die Einsatzbereitschaft bestimmen den Lebensweg! In unserem Schulsystem kann jeder etwas werden, der sich anstrengt und tüchtig ist. Von den Fertigkeiten, die die Begabteren oder auch die „Überflieger“ erwerben, profitiert hinterher die gesamte Gesellschaft, der ihre Erfindungen, Erfolge und Arbeitsergebnisse zugutekommen. Also lohnt es sich, auch ihnen soviel geistiges Futter zu gönnen und zu vermitteln, wie sie irgend verkraften können.

Gefährlich wird es bei den Plänen der Landesregierung, die eigene Verantwortung einfach an die unteren Instanzen abzuschieben. Mit schönfärbenden Ausdrücken wie „Schulentwicklung vor Ort“, Anpassung an „regionale Gegebenheiten“, kein „Diktat“ der



Elternverein Nordrhein-Westfalen e.V.

beim Schulministerium zur Mitwirkung anerkannter Verband – überparteilich –

Schulpolitik, sondern „offener Prozeß“ – ich habe sehr gut zugehört – soll dieser Rückzug aus der Verantwortung hübsch verschleiert werden. Gleichzeitig wird mit Einführung der sogenannten „Drittelparität“ in den Schulkonferenzen, also gleicher Stimmenzahl für Lehrkräfte, Eltern und Schüler, die Entscheidungsmacht vor Ort in die Hände derer gelegt, die am leichtesten fehlzuleiten und zu manipulieren sind. Die Lehrkräfte und die Schulleitung sollen die Verantwortung tragen, aber entscheiden sollen mehrheitlich Schüler und Eltern! Bei dem heutigen Engagement auch vieler Eltern, was die Beschaffung von Hintergrundwissen und ausgewogenen Informationen betrifft, eine dramatische Entgleisung – Schule ist nach der Verfassung schließlich immer noch hoheitliche Institution mit staatlichem Bildungsauftrag und Teilnahmepflicht! Hier entlarvt sich das Dilemma dieser Minderheitsregierung, die keinen Wählerauftrag zum Umbau des Schulsystems hat und dieses Ziel dennoch gegen alle Widerstände und sogar gegen die eigene Basis durchsetzen will. Immerhin hat im April 2010, also kurz vor der NRW-Landtagswahl, eine Forsa-Umfrage belegt, daß nicht einmal die erklärten Anhänger der Links-Partei mehrheitlich die Einführung „einer Schule für alle“ befürworten – 57% sind dagegen, die Anhänger der Grünen sprechen sich zu 65% dagegen aus, die der SPD gar zu 71%!

Zum Abschluß sei Ihnen, Frau Paul, auch wenn Sie nicht mehr zuhören, ins Stammbuch geschrieben: „Chancengerechtigkeit“, die Sie hier fordern, besteht längst im vorhandenen System! Wo sie nicht gewährleistet wird, liegt es an Unzulänglichkeiten der Menschen, die an diesem System beteiligt sind, Eltern, Familien, Lehrkräften, Lebensgewohnheiten, kulturellem Hintergrund, ideologischer Verblendung. Daran müssen wir arbeiten und an unserer Sozialpolitik, aber nicht durch eine Zerstörung unserer Schulvielfalt!

Copyright © Elternverein NRW e. V.